

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 3

vom 20. Januar 2012
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Inklusion für Alle	3
Neuer Integrationsbeirat nimmt seine Arbeit auf	5

Gesundheit und Verbraucherschutz

Referentenentwurf des Justiz- und Gesundheitsministeriums zur Verbesserung der Patientenrechte lässt viele Fragen offen	6
Fast 400 Patientinnen in Hamburg erhielten minderwertige Brustimplantate	7
Maßregelvollzug durch private Betreiber möglich	9

Inneres

Immer mehr Hamburger mit ausländischen Wurzeln entscheiden sich für den deutschen Pass	10
--	----

Justiz

Justizsenatorin Jana Schiedek startet Initiative zur Bekämpfung der Hasskriminalität	12
--	----

Schule, Jugend und Berufsbildung

Staatliches Schulsystem im Aufwind, Abiturquote erstmals über 50 Prozent	13
--	----

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Mehr als 2000 Sozialwohnungen gefördert	17
---	----

Wirtschaft, Verkehr, Hafen und Innovation

Hauptsache Elbe	19
Bundesförderprogramm, Schaufenster Elektromobilität	21
Stärkung des Luftfahrtstandortes Hamburg	23
Exportschlager aus Hamburg	25

Finanzen

Länderfinanzausgleich 2011: Hamburg bleibt Zahlerland	26
Kapitalerhöhung bei der HSH Nordbank	27

Kultur

Hamburger Arbeitsstipendien für Bildende Kunst 2012..... 28

Zur Information

Terminkalender 29

16. Januar 2012/basfi16

Inklusion für Alle

Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen und Landesschulbeirat: gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülern an Hamburger Schulen.

Erfreut zeigt sich die Hamburger Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Ingrid Körner, über den jüngsten einstimmigen Beschluss des Landesschulbeirates zum Thema Inklusion in den Hamburger Schulen.

Das Gremium hat ein zweiseitiges Positionspapier mit dem Titel „Gelingensbedingungen der Inklusion“ einstimmig beschlossen. Unter anderem wird gefordert, dass Mindeststandards der inklusiven Förderung für alle Hamburger Schulen festgelegt werden und eine Ombudsstelle zu allen Fragestellungen der Inklusion in der Hansestadt eingerichtet wird. Weiterhin fordert der Beirat alle Hamburger Behörden auf, einen abgestimmten Inklusionsplan vorzulegen. Im kommenden Schulentwicklungsplan müsste nach Auffassung des Landesschulbeirates die Inklusion ein zentrales und durchgängiges Prinzip sein. Grundsätzlich betonten die Mitglieder des Gremiums das der Gesetzgeber eine ausreichende finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung der Schulen ermöglichen müsse, damit das Erreichen der Zielsetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention gelingen könne.

„Die UN-Behindertenrechtskonvention gibt uns Rückenwind bei dem Bestreben behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam zu beschulen“, lobt **die Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Ingrid Körner**, das Papier. „Es gibt aber noch weitere wichtige Bausteine, die für ein Gelingen der inklusiven Beschulung umgesetzt werden müssen. Dazu zählen beispielsweise Aus- und Fortbildungsangebote für Lehrer oder auch die stellenweise Einbeziehung zusätzlicher Lehrkräfte, um auch die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit komplexen und hohen Förderbedarfen abzusichern.“ Die Sonderpädagogen als Praktiker vor Ort müssten bei den entsprechenden Untersuchungen der Kinder im Vorschulalter verstärkt einbezogen werden.

Prof. Dr. Lehberger, Vorsitzender des Landesschulbeirates, zeigte sich überzeugt, dass auch die Lehrerausbildung angemessene Maßnahmen zur Qualifizierung der zukünftigen Lehrkräfte für die inklusive Schule zeitnah einleiten wird. „So gibt es bereits gemeinsame Ausbildungselemente für Referendare der Lehrämter an Sonderschulen und allgemeinbildenden Schulen in der zweiten Phase der Lehrerausbildung in Hamburg, und auch die Universität wird mit den notwendigen Veränderungen diese neue Herausforderung annehmen“.

Zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK):

Die UN-BRK wurde 2009 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert und ist seit dem in Kraft. Im Sommer letzten Jahres legte der Bund einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK in Deutschland vor.

Auch Hamburg arbeitet zurzeit an einem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK in Hamburg. Im Bereich der inklusiven Bildung hat Hamburg bereits Maßstäbe gesetzt. Seit dem Schuljahr 2010/2011 haben Eltern die Möglichkeit, ihre behinderten Kinder in der ersten und fünften Klasse in einer Regelschule beschulen zu lassen.

Für Rückfragen der Medien:

Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Frauke Prenzler

Tel.: 040 - 42863-5723,

E-Mail: frauke.prenzler@basfi.hamburg.de

18. Januar 2012/basfi18

Neuer Integrationsbeirat nimmt seine Arbeit auf

Konstituierende Sitzung des Integrationsbeirats am 18. Januar 2012

Am Mittwochabend sind die 52 Mitglieder des neuen Integrationsbeirats für die 20. Legislaturperiode erstmals mit Integrationssenator Detlef Scheele im Rathaus zu einer Sitzung zusammengekommen, um Arbeitsweise, Aufgaben und integrationspolitische Themen zu besprechen.

„Ich freue mich, dass das neue interkulturelle Gremium den Hamburger Senat und insbesondere meine Behörde in allen integrationspolitischen Fragen beraten wird“, sagt Senator Detlef Scheele. „Bei wichtigen integrationspolitischen Entscheidungen können wir deshalb Migrantenorganisationen und andere relevante Institutionen künftig noch stärker einbeziehen.“

In seiner gestrigen Sitzung hat der Beirat beschlossen, dass es künftig viermal jährlich Plenumsitzungen geben soll. Außerdem werden anlass- und themenbezogene Arbeitsgruppen eingerichtet. Eine wichtige erste Aufgabe des Beirats wird darin bestehen, den Senat bei der Erarbeitung eines neuen Integrationskonzepts zu begleiten. Hierzu soll bereits im März 2012 ein Workshop stattfinden, um Leitziele und Schwerpunkte zu diskutieren. Das Gremium besteht aus 23 Mitgliedern mit Migrationshintergrund, die von Migrantenorganisationen gewählt wurden. 29 weitere Mitglieder hat Senator Scheele berufen, der zugleich der Vorsitzende des Beirats ist. Zu den berufenen Mitgliedern gehören vor allem Vertreterinnen und Vertreter integrationsrelevanter Institutionen.

Hintergrundinformation

Im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode wurde die Zahl der Mitglieder von 70 auf 52 gesenkt, um effektiver arbeiten zu können. Gleichzeitig ist der Anteil der gewählten Mitglieder von 19 auf 23 gestiegen. Zudem greift die Hamburger Verwaltung künftig Beschlüsse und Empfehlungen des Beirats fachlich auf und berücksichtigt diese bei integrationspolitischen Entscheidungen. Durch die Wahl von Themensprechern, die den Beirat nach außen vertreten können, wird dem Beirat außerdem eine größere Autonomie verliehen. Weitere Informationen über den Integrationsbeirat finden Sie im Internet unter www.hamburg.de/integrationsbeirat.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

16. Januar 2012/bgv16

“Die Chance zum großen Wurf verpasst“

Referentenentwurf des Justiz- und Gesundheitsministeriums zur Verbesserung der Patientenrechte lässt viele Fragen offen

Die Bundesministerien für Justiz und Gesundheit haben heute einen gemeinsamen Referentenentwurf zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten vorgelegt. Bereits im November 2011 hatten zehn Länder unter der Führung Hamburgs ihre Ansprüche an ein solches Patientenrechtegesetz formuliert.

„Die Bundesregierung kommt nun endlich ihrer Ankündigung nach und lässt dem Grundlagenpapier des Patientenbeauftragten einen Gesetzentwurf folgen. Aber der große Wurf ist leider ausgeblieben“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Zwar gibt es Veränderungen im Vergleich zum ursprünglichen Papier, aber weder erhalten wir mit diesem Entwurf ein eigenständiges Patientenrechtegesetz, noch werden die alltäglichen Probleme von Patientinnen und Patienten angegangen.“

Der vorgelegte Referentenentwurf sieht beispielsweise keine Regelungen vor, nach der medizinische Behandlungen in einer angemessenen Frist gewährleistet sein müssen. Dies war eine der Forderungen des gemeinsamen Papiers der Länder Hamburg, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Auch hinsichtlich der privat zu zahlenden Zusatzleistungen (IGEL) oder der Informationspflicht gegenüber Patienten greift der Entwurf aus Sicht der Hamburger Gesundheitssenatorin zu kurz.

„IGEL-Leistungen bleiben weitgehend unregelt und auch ein Rechtsanspruch für Patientinnen und Patienten auf einen Patientenbrief und Informationen über die Behandlungsqualität fehlt“, so **Prüfer-Storcks**. „Hier werden wir im Rahmen der Länderabstimmung Änderungsvorschläge einbringen und auf Nachbesserungen hinwirken. Auch dass sich die Regierung nicht zu einem Härtefallfond durchringen kann, ist bedauerlich.“

Für die Opfer von Behandlungsfehlern sollte nach Vorstellung der zehn Länder mit einem entsprechenden Härtefallfond unbürokratisch geholfen werden, da die Durchsetzung eines Schadensersatzanspruches oft gar nicht oder erst nach sehr langwierigen Verfahren gelingt.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

17. Januar 2012/bgv17

Fast 400 Patientinnen in Hamburg erhielten minderwertige Brustimplantate

Senatorin Prüfer-Storcks fordert nationales Register für Implantate und strengere Kontrollen von Medizinprodukten

Nach einer Erhebung der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) wurden in Hamburg nach heutigem Stand bei 367 Patientinnen Brustimplantate von PIP oder baugleiche Implantate der Fa. Rofil eingesetzt. Diese Zahl ergibt sich aus den Rückmeldungen seitens der Hamburger Kliniken und Praxen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass in den kommenden Tagen noch weitere Einzelmeldungen von Ärzten folgen. Für einen besseren Patientenschutz fordert Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks ein zentrales Register für Implantate sowie strengere Kontrollen von Medizinprodukten.

„Für jede einzelne Frau, die diese Implantate erhalten hat, ist es eine beängstigende Situation. Besonders tragisch ist dies aber für Frauen, die nach der Diagnose Krebs eine belastende Therapie durchgestanden haben und sich nun erneut einer Operation unterziehen müssen“, so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Aber niemand sollte jetzt überstürzt auf eine sofortige Operation drängen. In jedem einzelnen Fall sollte in Ruhe mit dem eigenen Arzt das richtige Vorgehen geklärt werden.“

Hinsichtlich der Kostenübernahme für die Entfernung oder den Austausch der Implantate sollten sich die Patientinnen an ihre Krankenkasse wenden. Bei Brustimplantaten, die aus medizinischen Gründen, z.B. nach einer Krebserkrankung, eingesetzt wurden, ist auch der Ersatz des Implantates eine Kassenleistung. Vor dem Austausch eines Implantates, das bei einer Schönheitsoperation eingesetzt wurde, sollte geklärt werden, ob die Krankenkasse die vollen Kosten, beispielsweise auch für ein neues Implantat, übernimmt. **Senatorin Prüfer-Storcks** appelliert an Ärzte und Kliniken, die notwendigen Operationen zum Selbstkostenpreis durchzuführen: „Niemand sollte an der Notsituation der Frauen noch Geld verdienen.“

Nach dem bisherigen Stand der weiterhin laufenden Abfrage wurden in Hamburg in der Praxisklinik AlsterCity, der Praxisklinik Brahmsallee, dem Mammazentrum Hamburg am und im Krankenhaus Jerusalem sowie bislang in einem bekannten Fall in der Klinik Dr. Guth bei Patientinnen Brustimplantate von PIP bzw. baugleiche Implantate der Firma Rofil (M-Implants mit den Modellbezeichnungen IMGHC-TX, IMGHC-MX und IMGHC-LS) eingesetzt.

Senatorin Prüfer-Storcks fordert als Konsequenz aus dem Skandal europaweit bessere Kontrollen von Medizinprodukten. So sei deren Sicherheit beispielsweise nicht nur nach Aktenlage oder einmaligen Musterprüfungen, sondern verpflichtend durch unangemeldete Betriebsbesichtigungen und Kontrollen der laufenden Produktion zu beurteilen. „Der Skandal ist nicht nur die kriminelle Energie eines Herstellers, sondern auch die Tatsache, dass der Betrug relativ leicht gemacht wurde. Im Vordergrund müssen sichere Produkte und ein hoher Patientenschutz stehen, nicht europäische Standards auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. Ebenso sei es dringend notwendig, ein zentrales nationales Register für implantierte Medizinprodukte einzuführen. Damit wäre es deutlich schneller möglich, einen Überblick über schadhafte Produkte zu bekommen und Betroffene zu erreichen. Auch eine bessere Nutzen-Risiko-Analyse von Implantaten ist nötig und wäre auf der Basis eines solchen Registers einfacher.

Aufgrund der Verwendung eines nicht für Implantate vorgesehenen Silikongels und dem unrechtmäßigen Inverkehrbringen dieser Produkte waren Vertrieb und Verwendung von PIP-Brustimplantaten bereits im April 2010 europaweit untersagt worden. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) empfahl Patientinnen am 23. Dezember 2011 aufgrund neuer Meldungen aus Frankreich die individuelle ärztliche Beratung. Am 6. Januar 2012 erweiterte das BfArM seine Empfehlungen um den Rat, die Implantate als Vorsichtsmaßnahme entfernen zu lassen, da Silikon auch ohne Rissbildung austreten („ausschwitzten“) kann. Auch die Frage, ob ein erhöhtes Krebsrisiko besteht, ist noch nicht abschließend geklärt.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

18. Januar 2012/bgv18

Maßregelvollzug durch private Betreiber möglich Urteil des Bundesverfassungsgerichts widerspricht nicht Hamburger Praxis

Das Bundesverfassungsgericht hat heute bestätigt, dass der Maßregelvollzug für psychisch kranke oder drogenabhängige Straftäter unter bestimmten klaren Bedingungen von privaten Trägern durchgeführt werden kann (Az: 2 BvR 133/10).

„Es ist gut, dass sich das Bundesverfassungsgericht erstmals mit der Frage befasst und klare Regeln für die Übertragung des Maßregelvollzugs auf private Träger geschaffen hat“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Wenn uns das Urteil in vollem Wortlaut vorliegt, werden wir genau prüfen, ob es gegebenenfalls an der gesetzlichen Grundlage in Hamburg Änderungsbedarf gibt. Nach einer ersten Prüfung der Leitsätze bestätigt das Urteil aber grundsätzlich die bestehende Praxis in Hamburg.“ In der Hansestadt wird der Maßregelvollzug in der Asklepios Klinik Nord durchgeführt.

Die Richter stellten in ihrem Urteil heraus, dass nicht finanzielle Erwägungen für eine Privatisierung den Ausschlag geben dürfen, sondern dass die qualitativen Vorteile des organisatorischen und fachlichen Verbunds der Maßregelvollzugskliniken und der allgemeinen psychiatrischen Einrichtungen der Träger entscheidend sind. Wie die im konkreten Fall geprüfte private Vollzugseinrichtung in Hessen erfüllt auch die Asklepios Klinik Nord diese Voraussetzungen. „Der Maßregelvollzug ist ein Spezialgebiet der Psychiatrie. Ohne Anbindung an ein psychiatrisches Krankenhaus würde der fachliche, organisatorische und personelle Austausch fehlen, was mittelfristig zu einem Qualitätsverlust führen könnte“, so **Prüfer-Storcks** weiter. Bei der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts wurden auch die bisherigen guten Erfahrungen in privatisierten Maßregelvollzugseinrichtungen berücksichtigt.

Das Bundesverfassungsgericht hob auch hervor, dass für eine zulässige Privatisierung entscheidend sei, wie die parlamentarische Kontrolle, die staatliche Aufsicht und die aufgabengemäße Ausstattung der Kliniken gewährleistet werden. In Hamburg ist die Kontrolle u.a. durch die Aufsichtskommission und ihre regelhafte Berichterstattung an die Bürgerschaft sowie die enge Fach- und Rechtsaufsicht durch die Gesundheitsbehörde gegeben.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

16. Januar 2012 / bis16

Immer mehr Hamburger mit ausländischen Wurzeln entscheiden sich für den deutschen Pass

Steigende Einbürgerungszahlen / Bürgermeister-Brief bewirkt weiteren Schub

Das Interesse am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit hat im Jahr 2011 nochmals deutlich zugenommen. Das beweisen sowohl steigende Einbürgerungszahlen (+6,5 %), steigende Antragszahlen (+3,3 %) und eine steigende Zahl von Beratungsgesprächen (+13,4 %), in denen sich Einbürgerungswillige nach den Voraussetzungen erkundigen. **Hamburgs Innensenator Michael Neumann:** „Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Von der im Dezember vom Senat gestarteten Initiative erwarte ich einen zusätzlichen Schub bei den Einbürgerungen.“

Die Entwicklung der letzten Jahre sieht in absoluten Zahlen wie folgt aus:

Jahr	Einbürgerung		Beratungs- gespräche
	erfolgt	beantragt	
2007	4.033	4.168	7.129
2008	2.800	4.391	7.609
2009	3.706	4.474	7.799
2010	5.295	5.082	8.307
2011	5.639	5.249	9.420

Dass die Zahl der Einbürgerungen in 2008 und 2009 vergleichsweise niedrig war, hing ursächlich mit den in 2007 erfolgten bundeseinheitlichen Rechtsänderungen zusammen, mit denen höhere Einbürgerungsstandards - teilweise auch rückwirkend - eingeführt wurden, wie z.B. der Einbürgerungs- und Sprachtest. Die Einbürgerungsverfahren dauerten damit länger und wirkten sich in den Folgejahren auf die Einbürgerungszahlen aus.

Die Zahl der Einbürgerungen nach Hauptherkunftsländern der letzten Jahre ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

Herkunftsland	erfolgte Einbürgerungen nach Jahrgang				
	2007	2008	2009	2010	2011
Türkei	1090	691	747	1.196	1.447
Afghanistan	502	278	624	1.009	759
Iran	314	275	353	505	429
Polen	223	114	185	223	245

Großer Beliebtheit erfreuten sich in 2011 erneut die Einbürgerungsfeiern, die seit Ende 2006 regelmäßig im Großen Festsaal des Rathauses abgehalten werden. Im vergangenen Jahr haben im April, August und Oktober insgesamt 1.800 Gäste an den drei Veranstaltungen teilgenommen.

Seit Dezember 2011 wirbt der Senat durch ein persönliches Anschreiben des Ersten Bürgermeisters für die deutsche Staatsbürgerschaft. Von den rund 137.000 Hamburgerinnen und Hamburgern ohne deutschen Pass, die die zeitlichen Mindestvoraussetzungen erfüllen, werden monatlich bis zu 4.000 Bürgerinnen und Bürgerinnen angeschrieben und zu einem Beratungsgespräch ermutigt.

Bis Anfang 2012 haben sich aufgrund des Anschreibens 379 Personen telefonisch gemeldet, davon haben 356 Personen bereits ein Beratungsgespräch geführt und 23 Personen wegen bereits vollständiger Unterlagen einen Einbürgerungsantrag gestellt.

Unter www.einbuengerung.hamburg.de finden Sie weitere Informationen.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt

Norbert Smekal, Tel.: 040 – 42839-2403

E-Mail: pressestelle@eza.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/eza

17. Januar 2012/bjg17

Justizsenatorin Jana Schiedek startet Initiative zur Bekämpfung der Hasskriminalität

Hamburg wird gemeinsam mit Bremen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Bundesrat einen Gesetzesantrag zur Bekämpfung der sogenannten Hasskriminalität einbringen. Der Senat hat heute einer entsprechenden Initiative der Justizsenatorin zugestimmt. Auch Nordrhein-Westfalen wird heute noch über eine Mit Antragstellung entscheiden.

„Wir müssen Rechtsextremismus und Rassismus entschlossen entgegentreten“ erklärte **Justizsenatorin Jana Schiedek**. „Mit der Gesetzesinitiative zur Bekämpfung der Hasskriminalität setzen wir ein Signal, dass die Gesellschaft nicht bereit ist, solche Straftaten zu tolerieren.“

Unter Hasskriminalität werden Straftaten gefasst, die sich gegen eine Person allein oder vorwiegend wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer politischen Orientierung, ihres Alters oder einer geistigen oder körperlichen Behinderung richten. Diese Straftaten verunsichern und verängstigen insbesondere andere Menschen, die sich in der gleichen Situation befinden. Sie müssen befürchten, ebenfalls Opfer entsprechender Taten zu werden. Der Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern weist für das Jahr 2010 bundesweit 762 derartige Gewalttaten aus.

Mit dem erarbeiteten Gesetzentwurf werden menschenverachtende, insbesondere rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe und Ziele des Täters bei der Strafzumessung durch eine Ergänzung des § 46 Strafgesetzbuch besonders berücksichtigt. Damit wird im Strafgesetzbuch ausdrücklich geregelt, dass derartige Motive nach dem Willen des Gesetzgebers strafscharfend wirken.

„Der rassistische oder menschenverachtende Grund für eine Straftat muss bei der Strafhöhe stärker berücksichtigt werden als das bisher mitunter der Fall ist. Die Gesetzesinitiative ist deswegen wichtig und richtig“ betonte **Jana Schiedek**.

Mit einer Ergänzung des Strafgesetzbuchs setzt Deutschland zusätzlich eine Empfehlung des Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierungen um. Diesem Ausschuss berichtet Deutschland regelmäßig als Vertragspartner des „Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966“. Der Ausschuss unterbreitet seinerseits den Vertragsstaaten Vorschläge und Empfehlungen zur Beseitigung von Diskriminierungen.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

17. Januar 2012/bsb17

Staatliches Schulsystem im Aufwind, Abiturquote erstmals über 50 Prozent

Schulsenator Ties Rabe präsentiert die Daten der Herbststatistik

2011 machte erstmals mehr als die Hälfte der Hamburger Schülerinnen und Schüler das Abitur (50,6 %). Nur 7,0 % verließen die Schule ohne Abschluss, der niedrigste Stand seit Jahren. Schulsenator Ties Rabe zeigte sich anlässlich der Vorstellung der schulischen Herbststatistik erfreut: „Die Qualität der Abschlüsse steigt, das ist eine gute Nachricht. Ich freue mich auch über kleinere Klassen (Grundschule durchschnittlich 20,2) und die Stabilisierung der Stadtteilschule (53 % Schüleranteil in Klasse 7). Sorgen macht die hohe Zahl von Wiederholern in der Oberstufe (7 bis 8 %) sowie der erhebliche Anstieg von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Anstieg auf 5,4 %). Erneut ging der Anteil der Privatschüler, wenn auch minimal, zurück und liegt jetzt bei 8,9 %. Insgesamt ist das staatliche Schulsystem in Hamburg deutlich im Aufwind.“

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler blieb zwar insgesamt fast gleich (Abnahme um 73 auf 240.640). Das ist aber vor allem auf einen erheblichen Rückgang der Berufsschüler um 2.072 zurückzuführen. Denn umgekehrt stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinen Schulen deutlich um 2.020. **Ties Rabe:** „Hamburg wächst und entwickelt sich damit deutlich gegen den Bundestrend. Das ist eine erfreuliche Entwicklung.“

Der Trend zu besseren Schulabschlüssen hält an: 16,2 % der Schulabgänger schafften den Hauptschulabschluss, 23,0% den Realschulabschluss, 3,2 % die Fachhochschulreife. Die Zahl der Schulabbrecher ohne Schulabschluss sank auf den Tiefstand von 7 %, der Anteil der Abiturienten stieg auf 50,6 %. **Ties Rabe:** „Die vor kurzem präsentierte KESS-Studie hat noch einmal bestätigt, dass trotz gestiegener Schülerzahlen in der Oberstufe das Leistungsniveau keineswegs abgesunken, sondern stabil geblieben ist.“

Erfreut zeigt sich der Schulsenator auch über kleinere Klassen an den staatlichen Schulen. In der Grundschule beträgt die durchschnittliche Klassengröße nur noch 20,2 Schülerinnen und Schüler. In Klasse 5 liegt die Klassengröße bei 21,7 (Stadtteilschule) bzw. bei 27,6 (Gymnasium), in Klasse 7 bei 23,3 (Stadtteilschule) bzw. bei 26,1 (Gymnasium) Schülerinnen und Schüler.“

Die Stadtteilschulen wachsen in Klasse 5 um 1.072 Schülerinnen und Schüler auf 6.373. Diese Gewinne lassen sich nur zum Teil mit der Auflösung der Primarschulklassen erklären (-792 Schüler). Die Gymnasien wachsen um 230 auf 6.921 (2011) Schülerinnen und Schüler. In Klasse 5 gehen 48 % der Schülerinnen und Schüler in die Stadtteilschule, 52 % auf das Gymnasium. In Klasse 7 kehrt sich das Verhältnis um auf 53 % (Stadtteilschule) zu 47 % (Gymnasium). **Ties Rabe:** „Die Stadtteilschule überzeugt immer mehr Schülerinnen und Schüler. Das ist eine erfreuliche

Entwicklung. Dazu trägt auch bei, dass die Stadtteilschule mit Erfolg den Weg zum Abitur bahnt. In Klasse 12 besuchen mittlerweile 35,2 % (3.039) aller Schülerinnen und Schüler die Stadtteilschule.“

Uneinheitlich ist dagegen die Situation im Bereich der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Ties Rabe: „Es ist erfreulich, dass immer mehr Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die allgemeinen Schulen besuchen. Ihre Zahl steigt um 1.361 auf 3.503, ihr Anteil von 24 auf 35,8 %. Leider steigt auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf erheblich um 859 (+9,6 %) auf 9.778, ihr Anteil an allen Schülerinnen und Schülern von 5,0 % auf 5,4 %. Besonders stark ist die Zunahme in den Bereichen Sprache (+11,7 %), emotionale und soziale Entwicklung (+58 %) und schwerst-/mehrfach förderbedürftig (+ 34 %). Ties Rabe: „Dieser ungewöhnliche Anstieg ist nicht plausibel und macht mir Sorgen. Der plötzliche und erhebliche Anstieg in einigen Förderbereichen weist darauf hin, dass die Diagnose hier sehr unsicher und wenig verlässlich ist.“

Der Ausbau des Ganztagsangebots geht zügig voran. Es liegen 42 Anträge von Grundschulen vor, die ab dem Schuljahr 2012/2013 die Ganztägige Bildung und Betreuung (GBS) in Kooperation mit einem Hortträger anbieten wollen. Bei 36 Grundschulen wurden die Anträge auf Umwandlung zu GBS-Schulen bewilligt. Bei sechs Schulen läuft zurzeit noch die Prüfung. Darüber hinaus starten 9 Grundschulen ein Ganztagsangebot in schulischer Verantwortung (GTS). Außerdem werden zum nächsten Schuljahr drei weitere Stadtteilschulen zu Ganztagschulen. Damit werden ab August 2012 mindestens 48 Schulen ein neues Ganztagsangebot anbieten. Dazu erklärt Ties Rabe: „Ich freue mich über diesen Erfolg. Wir kommen mit der flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen einen großen Schritt weiter. Viele Eltern werden die verlässliche Betreuung ihrer Kinder an den Schulen als große Erleichterung empfinden.“ Im Laufenden Schuljahr 2011/12 verfügen 21 Grundschulen sowie eine Grundschulabteilung einer Stadtteilschule über ein Ganztagsangebot der Ganztägigen Bildung und Betreuung (GBS) in Kooperation mit einem Hortträger. 52 Grundschulen sind derzeit Ganztagschulen in schulischer Verantwortung (GTS). 35 Stadtteilschulen werden bereits als Ganztagschulen geführt.

Nicht nur erfreulich ist die Entwicklung im Bereich der Klassenwiederholungen. Die Quote der Wiederholer sinkt in den Grundschulen von 1,5 % auf 0,8 %, bleibt aber gleich an den Gymnasien (2,2 %) und Stadtteilschulen (2,6 %). Ties Rabe: „Ursache für die weitgehend unveränderte Quote ist ein erheblicher Anstieg der Wiederholungen in der Oberstufe (Klasse 11: 6,8 %, Klasse 12: 8,1 %). Das ist eindeutig zu viel und darf nicht so bleiben.“

Während die staatlichen allgemein bildenden Schulen um 2.073 Schülerinnen und Schüler anwachsen, sank die Zahl der Privatschülerinnen und -schüler um 53. Besonders stark fielen die staatlichen Zuwächse im Bereich der Vorschulen und Grundschulen aus. Lediglich der erhebliche Rückgang der Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Berufsschulen um 2.214 gegenüber einem leichten Anstieg bei den privaten Berufsschulen um 142 führt am Ende zu einer noch ausgeglichenen Bilanz zwischen staatlichen und privaten Schulen. Ties Rabe: „Diese Entwicklung zeigt, dass vor allem unsere allgemeinbildenden staatlichen Schulen erheblich an Vertrauen gewinnen. Hamburgs Schulen sind auf einem guten Weg.“

Die Zahlen der Herbststatistik werden unter www.hamburg.de/schulstatistiken im Internet veröffentlicht.

Fakten aus der Herbststatistik 2011

Mehr Schüler im allgemeinen Schulsystem, weniger im Berufsschulsystem

- Die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen und in den Vorschulklassen steigt um + 2.020 (+1,13 %) von 178.419 (2010) auf 180.439 (2011). Anteil Vorschule +240.
- Die Schülerzahl an den Beruflichen Schulen sinkt um - 2.072 (-3,4 %) von 60.261 (2010) auf 58.189 (2011).
- Die Schülerzahl in der Erwachsenenbildung bleibt fast unverändert bei Abnahme um - 21 (-1,0 %) von 2.033 (2010) auf 2.012 (2011).
- Die Schülerzahl in Hamburg bleibt fast unverändert bei minimaler Abnahme um - 73 (-0,03 %) von 240.713 (2010) auf 240.640 (2011).

Mehr Abiturienten, weniger Schüler ohne Abschluss

- 2011 haben 7.345 (50,6 %) von 14.526 Schulentlassenen der allgemeinbildenden Schulen das Abitur erworben (Ohne Studienkolleg). Das ist die bislang höchste Abiturientenquote. Zum Vergleich: Hauptschulabschluss (2.359 / 16,2 %), Realschulabschluss (3.339 / 23 %), Fachhochschulreife (463 / 3,2 %)
- 54,9 % aller Abiturienten sind weiblich. Bei den Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss überwiegen dagegen mit 57,9 % die männlichen Schulentlassenen.
- Bei den Quoten der Schulabgänger, die ohne Abschluss eine allgemeinbildende Schule verlassen, ist weiterhin ein rückläufiger Trend zu beobachten: Mit 7,0 % (1.020 Schülerinnen und Schüler, darunter 604 aus Sonder- und Förderschulen) erreicht die Quote den niedrigsten Wert überhaupt.

Kleine Klassen an den allgemeinen staatlichen Schulen

- Staatliche Grundschulen Kl. 1: 12.891 SuS / 639 Klassen, Durchschnittsgröße 20,17
- Staatliche Stadtteilschulen Kl. 5: 6.373 SuS / 294 Klassen, Durchschnittsgröße 21,68
- Staatliche Stadtteilschulen Kl. 7: 7.030 SuS / 302 Klassen, Durchschnittsgröße 23,28
- Staatliche Gymnasien Kl. 5: 6.921 SuS / 251 Klassen, Durchschnittsgröße 27,57
- Staatliche Gymnasien Kl. 7: 6.178 SuS / 237 Klassen, Durchschnittsgröße 26,06

Die Stadtteilschule gewinnt dazu

- Die staatlichen Stadtteilschulen gewinnen in Kl. 5 1.072 Schüler dazu (+20,2 %) und wachsen auf 6.373 Schüler (2011). Diese Gewinne verdanken sich nur zum Teil der Auflösung der Primarschulstarterklassen (-792 Schüler). Die staatlichen Gymnasien wachsen um 230 Schüler (+3,4 %) auf 6.921 (2011) Schüler.
- In Klasse 7 behaupten sich die Stadtteilschulen mit 7.030 Schülern (2011) gegenüber 7.047 (2010). Die Gymnasien sinken um 237 Schüler (-3,7 %) auf 6.178 Schüler (2011).
- Aktuell besuchen in Kl. 5 52 % der Schüler das Gymnasium, 48 % die Stadtteilschule. In Klasse 7 besuchen 53 % der Schüler die Stadtteilschule, 47 % das Gymnasium. In Klasse 12 besuchen 35 % (3.039) die Stadtteilschule, 65 % (5.578) das Gymnasium.

Mehr sonderpädagogischer Förderbedarf, mehr Inklusion

- Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen sinkt um 502 von 6.777 auf 6.275 Schüler. Der Anteil der Sonderschülerinnen und -schüler sinkt von 3,8 auf 3,4 %.
- Die Zahl der inklusiv beschulten Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigt um 1.361 von 2.142 auf 3.503. Ihr Anteil an allen Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigt von 24 auf 35,8 %.

- Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist gegenüber dem Vorjahr um 859 (+9,6%) von 8.919 auf 9.778 gestiegen. Ihr Anteil an Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen steigt von 5,0 % auf 5,4 %.
- Besonders stark ist die Zunahme in den Bereichen Sprache (+11,7 %), emotionale und soziale Entwicklung (+58 %) und schwerst-/mehrfach förderbedürftig (+ 34 %).

Zu viele Wiederholer

- Die Quote der Wiederholer sinkt in den Grundschulen von 1,5% auf 0,8 %, bleibt aber gleich an den Gymnasien (2,2 %) und Stadtteilschulen (2,6 %). Ursache dafür ist ein erheblicher Anstieg der Wiederholerquoten in der Oberstufe von Stadtteilschule und Gymnasium (Klasse 11 6,8 %, Klasse 12 8,1 %).

Die staatlichen allg. bildenden Schulen gewinnen gegenüber den privaten (Anlage 1):

- +2.073 Schüler an staatlichen allgemein bildenden Schulen, -53 an privaten
- Der Anteil der Privatschüler an allg. bildenden Schulen sinkt von 10,7 auf 10,5 %
- Besonders Grundschulen: + 317 staatliche (+0,6%), - 223 private Schulen (-2,9 %)
- Besonders Vorschulen: + 263 staatliche (+4%), - 23 private Schulen (-3,6 %)
- Besonders Gymnasien: + 671 staatliche (+1,8%), + 24 private Schulen (+0,7 %)
- Umgekehrt an Berufsschulen: -2.214 (-3,8%) an staatl., + 142 (+6,6 %) an privaten
- Der Anteil der Privatschüler an Berufsschulen steigt 3,6 auf 3,9 %
- Der Anteil der Privatschüler an allen Schülern bleibt mit 8,9 % fast unverändert.

Der Anteil ist am höchsten in den Stadtteilschulen (15,8 %) und Sonderschulen (12,0 %), am niedrigsten in den Grundschulen (6,7 %) und Berufsschulen (3,9 %) (Anlage 8).

Schulen 2011:

- 395 staatliche Schulen:
195 Grundschulen, 54 Stadtteilschulen (davon 10 mit Grundschulklassen), 59 Gymnasien, 38 Sonderschulen, 45 Berufsschulen, 4 Erwachsenenbildung (Anlage 7/8)
- 82 private Schulen: 21 Grundschulen, 26 Stadtteilschulen, 11 Gymnasien, 5 Sonderschulen, 18 Berufsschulen, 1 Erwachsenenbildung (Anlage 7/8)

Für Rückfragen der Medien:

Thomas Bressau, Stellv. Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung

Tel: (040) 4 28 63 – 2005

E-Mail: thomas.bressau@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

17. Januar 2011/bsu17

Mehr als 2000 Sozialwohnungen gefördert

Herausragende Bilanz des Wohnraumförderprogramms des Senats 2011

Das Wohnraumförderprogramm des Senats war im Jahr 2011 ein voller Erfolg. Insgesamt 2.147 Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindung hat die Wohnungsbaukreditanstalt (WK) gefördert. Damit konnte die Zielzahl von 2.000 geförderten Sozialwohnungen deutlich übererfüllt werden und es wurden insgesamt 600 Wohnungen mehr als 2010 von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt bewilligt.

2.122 dieser Wohnungen sind klassische Sozialwohnungen (sogenannter 1. Förderweg) mit einer Anfangsmiete von 5,80 €/qm Wohnfläche, 25 Wohnungen wurden für Pilotprojekte im neuen 2. Förderweg für Haushalte mit mittleren Einkommen und einer Anfangsmiete von 8,00 €/qm Wohnfläche bewilligt.

Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt: „Die aktive Wohnungsbaupolitik des Senats zeigt Wirkung. Bereits im ersten Jahr konnten wir das Ziel von 2000 geförderten Wohnungen übertreffen. Zusammen mit dem 'Vertrag für Hamburg' und dem 'Bündnis für das Wohnen in Hamburg' sorgt die verstärkte soziale Wohnraumförderung für mehr bezahlbaren und attraktiven Wohnungsneubau in Hamburg. Das zeigen nicht nur die Neubauzahlen, sondern auch die guten Zahlen in den Modernisierungsprogrammen für Bestandswohnungen und den anderen Programmen, die den Wohnungsbestand Hamburgs auf dem aktuellen Stand halten und dabei helfen, sozialverträgliche Mieten zu gewährleisten.“

SAGA GWG macht hinsichtlich ihrer Verpflichtung zum Baubeginn von jährlich 1.000 Wohnungen große Fortschritte: 941 geförderte Wohnungen im 1. Förderweg wurden vom städtischen Unternehmen SAGA GWG 2011 beantragt und von der WK bewilligt.

Darüber hinaus konnten 255 Eigenheimförderungen für Haushalte mit begrenztem Einkommen gefördert werden. Weitere 54 neue Wohnungen entstehen mit Unterstützung der Büroumwandlungsprämie.

Durch das Wohnraumförderprogramm des Senats 2011 wurden somit insgesamt 2.456 Neubauwohnungen gefördert.

Das Förderprogramm für besonders energiesparendes Bauen wurde zum dritten Mal in Folge vollständig erfüllt. Im Jahr 2011 konnte für insgesamt 3.145 freifinanzierte und geförderte Wohnungen ein Zuschuss bewilligt werden. Das Programm war so erfolgreich, dass bereits Mitte 2011 die zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft waren und keine neuen Anträge für ansonsten freifinanzierte Neubauten bei der WK gestellt werden konnten. Für den Bereich des sozialen Wohnungsbaus wurden über das ganze Jahr Zuschüsse für energieeffizientes Bauen reserviert.

Auch bei den Förderprogrammen für Bestandswohnungen erbrachte das Jahr 2011 eine gute Bilanz. So wurde für 2.201 Mietwohnungen die rein energetische Modernisierung (Segment A) bewilligt, dies entspricht ungefähr der Anzahl der geförderten Wohneinheiten im Jahr 2010.

Im Fördersegment für umfassende Modernisierungen von Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen (Segment B) wurden für 336 Wohnungen Bewilligungen ausgesprochen. 2010

waren es noch 908 Wohnungen - der Rückgang für dieses spezielle Programm liegt vor allem daran, dass SAGA GWG sich in 2011 stärker auf den Mietwohnungsneubau konzentriert hat.

Weiterhin konnten 35 Modernisierungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung für Mietwohnungen in ausgewiesenen Sanierungsgebieten bewilligt werden.

Das Programm „Wärmeschutz im Gebäudebestand“ zur Förderung der Energieeinsparung bei kleineren Wohngebäuden (Ein- und Zweifamilienhäuser) und selbstgenutzten Eigentumswohnungen ist ebenfalls sehr erfolgreich gelaufen: In 2011 konnte hier die energetische Modernisierung von 5.427 Wohnungen gefördert werden (gegenüber 3.892 Wohnungen in 2010).

Erfreulich sind auch die Zahlen der Bewilligungen für den barrierefreien Umbau von Miet- und Eigentumswohnungen im Bestand. 261 Bewilligungen wurden im Programmjahr 2011 ausgesprochen (2010: 90 Wohnungen).

Darüber hinaus konnten 51 Mietpreis- und Belegungsbindungen für Bestandswohnungen neu angekauft werden. So können diese Wohnungen weiterhin Menschen mit besonderen Marktzugangsproblemen zur Verfügung gestellt werden (2010: 23 Bindungen).

Im Ergebnis zeigt sich ein erfolgreiches Programmjahr 2011 für einen nachhaltig bezahlbaren, attraktiven und energieeffizienten Hamburger Wohnungsmarkt:

- 2.147 neue Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung
- Insgesamt 2.456 geförderte Neubauwohnungen
- 941 SAGA GWG-Sozialwohnungen im 1. Förderweg
- Insgesamt 2.569 neue Mietpreis- und Belegungsbindungen sowohl im Neubau als auch im Bestand
- 2572 geförderte Modernisierungen von Mietwohnungen, die mietpreisdämpfende Wirkung haben
- Rund 8.000 gefördert modernisierte Wohnungen insgesamt (Miete und Eigentum)

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Frank Krippner, T: (040)428.40-2051;
Frank.Krippner@bsu.hamburg.de.



16. Januar 2012/bwvi16

Hauptsache Elbe

Metropolregion Hamburg baut Wassertourismus aus

Die Elbe zwischen Hamburg und Wittenberge bietet große Potenziale als Naherholungs- und Tourismusziel. Ein neues Kooperationsprojekt zwischen den Landkreisen Lüneburg, Harburg und Lüchow-Dannenberg, dem Herzogtum Lauenburg, dem Bezirk Bergedorf sowie den Landkreisen Ludwigslust-Parchim und Prignitz will diese weiter entwickeln.

Die Elbe ist das verbindende und prägende Element unserer Region. Mit hoher Bekanntheit, großem Sympathiewert und überregionaler Strahlkraft. Der Elbabschnitt zwischen Hamburg und Wittenberge bietet mit seiner einzigartigen Naturbelassenheit im Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalaue (Teil des UNESCO Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe) und dem Elberadweg große Potenziale als Naherholungs- und Tourismusziel. Dieses weiter zu entwickeln ist das Ziel eines neuen Kooperationsprojektes.

Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die touristische Elbschiffahrt auf dem Flussabschnitt zwischen Hamburg und Wittenberge. Für das gesamte Gebiet sollen touristische Angebote und Produkte entwickelt werden. Dabei geht es neben der Weiterentwicklung des Wassertourismus auch um dazugehörige attraktive Angebote an Land wie Gastronomie, Hotellerie, Freizeit-, Kultur- und Veranstaltungsangebote.

Projektpartner sind die Landkreise Lüneburg, Harburg und Lüchow-Dannenberg, das Herzogtum Lauenburg, der Hamburger Bezirk Bergedorf sowie die Landkreise Ludwigslust-Parchim und Prignitz. Damit sind erstmals auch Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit im Boot. Die Gesamtkoordination liegt beim Landkreis Lüneburg.

Das Projekt hat ein Gesamtvolumen von 300.000 Euro. Es wird als Leitprojekt der Metropolregion Hamburg. mit rund 193.000 Euro aus den Förderfonds der Metropolregion Hamburg finanziert. Die weiteren Mittel werden durch die Partner aufgebracht, wobei Hamburg die nicht zur Metropolregion Hamburg gehörenden Kreise Ludwigslust-Parchim und Prignitz um die Hälfte ihres Beitrags entlastet. Zur Auftaktveranstaltung trafen sich heute rund 100 Fachleute und Entscheider wie Landräte und Bürgermeister, Vereins- und Verbandsvertreter sowie Gastronomen und Reeder im Hamburger Rathaus, um sich die Zielsetzungen und Vorgehensweise des Projektes vorstellen zu lassen.

Gastgeber Staatsrat **Andreas Rieckhof** von der Hamburger Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation sagte in seinem Grußwort: „Die Elbe ist das verbindende Band der Region. Hamburg ist sehr daran gelegen, dass die hohe Lebensqualität in der Metropolregion Hamburg national wie international sichtbar wird. Die touristische Zusammenarbeit entlang der Elbe von Hamburg bis Wittenberge, über vier Ländergrenzen hinweg, wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.“

„Die Entwicklung des Wassertourismus in und an diesem Flussabschnitt ist eine gute Chance, die Wertschöpfung in diesen ländlichen Bereichen spürbar zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu

schaffen“, so Lüneburgs Landrat **Manfred Nahrstedt**, „nachhaltige Erfolge können wir dort nur alle gemeinsam erzielen.“

Landrat **Rolf Christiansen** aus Ludwigslust-Parchim ergänzte: „Besonders erfreulich finde ich, dass wir in diesem Projekt die Bereiche links und rechts der Elbe mit der gleichen Brille betrachten und vereint voran bringen.“

Rückfragen unter:

Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg
Marion Köhler
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49(0)40 42841 2604
E-Mail: presse@metropolregion.hamburg.de
www.metropolregion.hamburg.de

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und
Innovation
Susanne Meinecke
Pressestelle
Tel.: +49(0)40 42841-2239
pressestelle@bwvi.hamburg.de
www.bwvi.hamburg.de

17. Januar 2012 / bwvi 17

Bundesförderprogramm, Schaufenster Elektromobilität

Starke Impulse aus Hamburg

Startsignal ins Zeitalter der Elektromobilität: Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) hat die Bewerbungsunterlagen der Freien und Hansestadt Hamburg für das Förderprogramm „Schaufenster Elektromobilität“ bei der Bundesregierung eingereicht.

Die Bewerbung Hamburgs wird getragen von rund 100 Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichen Institutionen, umfasst 77 Teilprogramme und Projekte und weist ein Gesamtprojektvolumen in Höhe von 163 Mio. Euro auf. In dem auf drei Jahre angelegten und voraussichtlich bis Ende 2015 laufenden Programm sollen Mobilitäts- und Energiekonzepte weiterentwickelt und umgesetzt und Fahrzeuge sowie Infrastruktur in der Praxis erprobt werden. Es wird angestrebt, das Hamburger Projekt in nationalen und internationalen Zusammenhängen sichtbar zu machen. Hamburg will mit diesem Konzept bis Ende 2015 ein Gesamtfahrzeugaufkommen von bis zu 15.000 elektrisch betriebenen Fahrzeugen (Elektroautos sowie sog. Plug-In-Hybride und Pedelecs) erreichen.

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister: „Das Hamburger Konzept ist richtungsweisend. Es zeigt die breite Unterstützung starker Partner und setzt auf eine konsequente Nachfrageorientierung. Hamburg ist als Markt für die Industrie attraktiv und für andere Städte und Kommunen beispielgebend. Über unsere standortbezogenen Netzwerke wird eine hohe Anzahl von Fahrzeugen in den Markt kommen. So wird eine breite empirische Basis geschaffen – für laufende technologische Weiterentwicklungen und für eine Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, die auf integrierte Systeme angelegt ist. Es ist kein Zufall, dass bei alledem die Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle im Mittelpunkt steht, denn Hamburg setzt auf ökonomischen Sachverstand.“

Frank Horch, Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation: „Wirtschaft, Wissenschaft und Politik setzen mit dieser Bewerbung ein sehr deutliches Signal, dass der Innovationsstandort Hamburg entschlossen und in der Lage ist, bei der Etablierung schadstoffarmer Antriebe eine führende Rolle einzunehmen. Wir zeigen damit, dass wir die Bundesregierung bei der Erreichung ihrer Ziele wirkungsvoll unterstützen können. Um das Thema in seiner ganzen Breite konsequent voranzutreiben, haben wir in Hamburg schon heute die strukturellen und administrativen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Elektromobilität geschaffen. Das nun eingereichte Konzept zeigt, dass die zunehmend dynamischen Aktivitäten der kommenden Jahre in Hamburg besonders effektiv und weithin sichtbar umgesetzt werden können.“

Hintergrund:

Das auf drei Jahre angelegte Bundesförderprogramm sieht vor, an bundesweit bis zu fünf Standorten mit einem zunächst für die erste Phase bis Ende 2013 bereitstehenden Fördervolumen in Höhe von 180 Mio. eine in dieser Dimension bisher nicht gekannte Vielfalt anwendungsbezogener Elektromobilitätsprojekte zu ermöglichen. Die Bewerbungsunterlagen der regionalen Partnerkonsortien für die erste Verfahrensstufe (qualifizierte Interessenbekundung) müssen zum 16. Januar 2012 bei der Bundesregierung eingereicht werden. In der zweiten Verfahrensstufe wird im Laufe des Frühjahrs entschieden werden, welche der eingereichten Konzepte zur Förderung angenommen und ins konkrete Förderantragsverfahren überführt werden.

Das Hamburger Konzept beruht auf einer starken Nachfrageorientierung in den standortbezogenen Wirtschaftsklustern (Logistik, Luftfahrt, maritime Wirtschaft, Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche) und einer konsequenten Integration neuer Mobilitätsangebote in die Stadtentwicklung. Bereits heute wird in Hamburg knapp ein Drittel des von der Bundesregierung aus dem Konjunkturpaket II bundesweit geförderten Fahrzeugaufkommens (Pkw und leichte Nutzfahrzeuge) eingesetzt und macht damit das ausgeprägte Nachfragepotenzial bei Hamburger Unternehmen deutlich. Vor diesem Hintergrund strebt Hamburg mit bis zu 15.000 Fahrzeugen bis Ende 2015 eine führende Rolle beim Markthochlauf in Deutschland an. Neben den Wirtschaftsunternehmen und zunehmend auch Privathaushalten beabsichtigt auch die Stadt selbst, ihre kommunalen Flotten konsequent auf Elektrofahrzeuge sukzessive umzurüsten.

Mit dem nun erarbeiteten Konzept soll, etwa in den Bereichen Ausbildung und Qualifizierung und bei der Einbeziehung mittelständischer Unternehmen, auch die Entwicklung von Wertschöpfung am Standort weiter ausgebaut werden.

Mit Beschluss vom 08.11.2011 hatte der Senat zur komplementären Finanzierung von Maßnahmen für den Ausbau der Elektromobilität eigene Haushaltsmittel in Höhe von 10,4 Mio. Euro bereitgestellt. Zugleich sind in einer Vielzahl von Prüfaufträgen an die Fachbehörden konkrete Schritte eingeleitet worden, um den Ausbau der Elektromobilität durch behördliches Handeln aktiv zu unterstützen, etwa bei der Integration elektromobiler Konzepte in stadtplanerische Prozesse, bei der städtischen Grundstückvergabe oder in der sukzessiven Umstellung der kommunalen Fuhrparks.

Rückfragen:

Susanne Meinecke

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040 42841 2239

E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

18. Januar 2012/bwvi18

ZAL-TechCenter – Luftfahrttechnologien aus Hamburg bekommen ein gemeinsames Dach **Stärkung des Luftfahrtstandortes Hamburg**

Der Investor zur Realisierung des 24.000 Quadratmeter umfassenden Technologiezentrums in Hamburg-Finkenwerder steht fest. Das europaweite Ausschreibungsverfahren ist abgeschlossen. Die Lukas Bauprojekt GmbH übernimmt Finanzierung, Planung und Bau des neuen Technologiezentrums, das in 2013 als ZAL-TechCenter seine Tore öffnet.

Hauptmieter und Betreiber des Neubaus wird die ZAL Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung GmbH. Besonders für kleine und mittleren Betriebe sowie Forschungsinstitute und industrielle Unternehmen bietet das ZAL mit dem TechCenter eine hervorragende Plattform zur gemeinsamen anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung von Luftfahrttechnologien. Zahlreiche Partner haben ihr Interesse an einer zukünftigen Zusammenarbeit bekundet. Es gibt schon jetzt Absichtserklärungen und Untermietverträge. Die Grundsteinlegung des Neubaus soll im Frühjahr 2012 erfolgen. Die Fertigstellung ist für den Sommer 2013 geplant.

Das neue Technologiezentrum stellt einen wichtigen Meilenstein des 2009 gegründeten ZAL dar, dessen Ziel die Integration und Industrialisierung von Luftfahrttechnologien ist. Hierfür wird das ZAL im TechCenter Testinfrastrukturen für anwendungsorientierte Luftfahrtforschung vorhalten sowie Beratungsdienstleistungen anbieten. Die räumliche Zusammenarbeit unter dem Dach des TechCenters soll den Informations- und Wissensaustausch der Partner sowie die Bildung von Kooperationen unterstützen. Die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft wird im Sinne einer hamburgischen Innovationsstrategie vorangetrieben. Senator Frank Horch sagt dazu: „Wir müssen den Standort Hamburg fit machen für die Zukunft und uns dabei technologisch immer weiter entwickeln. Ein Netzwerk kompetenter Partner mit speziellem Know-How für Innovationen ist dabei unabdingbar. In diesem Technologiezentrum können wir unsere Kräfte bündeln.“

Interessierte Partner haben die Möglichkeit, sich aktiv im TechCenter zu beteiligen, indem sie Flächen anmieten und sich als Mitglied des Vereins zur Förderung der Angewandten Luftfahrtforschung e.V. einbringen.

Die Forschungsschwerpunkte des ZAL-TechCenters orientieren sich an den Kernkompetenzen des Hamburger Airbus Standortes: Kabinenkonzepte und -technologien, Luft- und Klimasysteme sowie Rumpf- und Systemintegration. Einen weiteren Forschungsschwerpunkt stellt das integrierte Fuel Cell Lab (FCL) dar. Hier haben Partner die Möglichkeit Infrastrukturen branchenübergreifend zur anwendungsorientierten Wasserstoff- und Brennstoffzellenforschung zu nutzen. Des Weiteren plant Airbus im TechCenter sein R&T-Plateau einzurichten und die Airbus Innovation Cell 2 zu integrieren – einen Think Tank, der zukunftsweisende Technologien und Konzepte identifiziert.

Gegründet wurde die ZAL Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung GmbH von neun starken Partnern, zu denen die Stadt Hamburg, Airbus Operations GmbH, Lufthansa Technik AG sowie vier Hamburger Hochschulen, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. und ein Förderverein gehören. Das ZAL soll den Partnern des Luftfahrtclusters Metropolregion Hamburg als Motor, Koordinator und Forschungsplattform dienen, um die Technologiekompetenz des Luftfahrtstandortes weiterzuentwickeln und sein Profil als weltweit drittgrößter Standort der zivilen Luftfahrt international zu schärfen.

Kontakt

Dr. Andreas Vahl
Geschäftsführer

ZAL Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung GmbH
Hamburg Airport Plaza
Flughafenstraße 1-3
D-22335 Hamburg

Phone: +49(0)40 248 595 101
E-mail: andreas.vahl@zal-gmbh.de
Homepage: www.zal-gmbh.de

Rückfragen:

Susanne Meinecke

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040 42841 2239

E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

20. Januar 2012/bwvi20

Exportschlager aus Hamburg

Auslieferung des 5.000sten Flugzeugs der A320-Familie

Airbus in Hamburg hat heute die A320 mit der Seriennummer 5000 an Middle East Airlines (MEA) aus dem Libanon ausgeliefert. MEA wurde 1945 gegründet und betreibt eine reine Airbusflotte von zurzeit 16 Flugzeugen. Senator Frank Horch hat an der Auslieferung teilgenommen und die Gelegenheit genutzt Dr. Thomas Enders, President and CEO von Airbus, zu den neuen Rekorden bei Bestellungen und Auslieferungen im Jahr 2011 zu gratulieren. Airbus feierte das zehnte Jahr in Folge mit einem Anstieg der Flugzeugauslieferungen.

Senator Frank Horch: „So wie Hamburg mit dem klaren Bekenntnis zu Airbus alles richtig gemacht hat, hat Dr. Thomas Enders mit der A320neo genau die richtige Entscheidung getroffen. An den Zahlen bei der Bestellung des neuen Typs zeigt sich, welches Potenzial in der Modernisierung und Entwicklung neuer Flugzeugmuster liegt. Ökoeffizienz und Nachhaltigkeit werden dabei immer wichtiger. Die Innovationskraft entwickelt sich auch in der Luftfahrtbranche zu einem wichtigen Standortfaktor. Für die Metropolregion Hamburg ist das sehr wichtig. Leitung und Management des Programms sind hier. Für die Auslastung des Werks in Finkenwerder und im Hinblick auf die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ist die vorgelegte Bilanz ebenfalls ein gutes Signal für die Zukunft.“

Rückfragen:

Susanne Meinecke

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040 42841 2239

E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

18.01.2012/fb18

Länderfinanzausgleich 2011: Hamburg bleibt Zahlerland

Nach den aktuellen Zahlen des Bundesministeriums der Finanzen muss die Freie und Hansestadt Hamburg für das Jahr 2011 62,2 Millionen Euro in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Hamburg bleibt damit neben Bayern, Baden-Württemberg und Hessen weiterhin Zahlerland im so genannten horizontalen Finanzausgleich der deutschen Bundesländer.

Die Finanzbehörde war in der Novembersteuerschätzung 2011 noch von einer Einnahme aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von 28 Millionen Euro ausgegangen, hatte aber darauf hingewiesen, dass die Stadt noch zum Zahlerland werden könne, sobald das vierte Quartal in die Betrachtung einbezogen werde¹. „Dieser Fall ist jetzt eingetreten“, sagte Finanzsenator Peter Tschentscher heute. Das vom Bundesfinanzministerium vorgelegte vorläufige Ergebnis für den Länderfinanzausgleich 2011 bestätigt, dass sich die Steuereinnahmen Hamburgs im letzten Quartal 2011 besser entwickelt haben als im Durchschnitt der anderen Bundesländer.

Der Senator kündigte an, dass die Finanzbehörde sobald wie möglich eine vorläufige Haushaltsrechnung für das erste Jahr des SPD-Senats aufstellen werde. „Auch bei einer guten Entwicklung der Steuereinnahmen im vergangenen Jahr wird der Senat nicht von seinem Finanzkonzept mit einer strengen Ausgabedisziplin abweichen“, betonte Tschentscher. Maßstab für die Ausgabeplanung sei nicht eine vorübergehend günstige Einnahmesituation, sondern der nach den Grundsätzen eines „vorsichtigen Kaufmanns“ fortgeschriebene mittlere Trend der Einnahmen, der eine langfristige und solide Grundlage für die Haushaltsplanung bis zum Jahr 2020 bildet.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

19.01.2012/fb19

Kapitalerhöhung bei der HSH Nordbank Hauptversammlung folgt Auflage der EU-Kommission

Mit der Entscheidung der Hauptversammlung zur Kapitalerhöhung bei der HSH Nordbank AG haben die Anteilseigner eine wichtige Auflage der EU-Kommission umgesetzt. „Diese Entscheidung liegt auch im Interesse der Stadt Hamburg“ sagte Finanzsenator Peter Tschentscher. Die EU-Kommission habe zu Recht festgestellt, dass die Minderheitsaktionäre bei der Rettung der Bank im Jahr 2009 bevorteilt wurden. Die garantiegebenden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein haben von der HSH deshalb eine Einmalzahlung von 500 Millionen Euro erhalten, die sie mit den heutigen Beschlüssen entsprechend den Vorgaben der EU-Kommission wieder als Eigenkapital in die Bank einbringen.

Dem Kapitalerhöhungsbeschluss liegt eine aktuelle Bewertung der Bank zu Grunde, aus der sich ein Preis für die neuen Aktien von 13,05 Euro ergeben hat. „Der ursprüngliche Preis von 19,00 Euro, der 2009 in einer Verhandlungssituation mit den Minderheitsaktionären festgelegt wurde, war eindeutig zu hoch“, so Finanzsenator Tschentscher. Dadurch hätten die Länder für ihre 3 Milliarden Euro Kapitalzufuhr zu wenig neue Aktien erhalten. Nunmehr erhielten sie nachträglich zusätzliche Aktien im Wert von 500 Millionen Euro, die diesen wirtschaftlichen Nachteil ausgleichen. Mit der Neubewertung der HSH verbleibe jedoch ein zusätzlicher Abschreibungsbedarf, der in den kommenden Monaten mit den Wirtschaftsprüfern und Gremien des Hamburgischen Versorgungsfonds und der HGV abgestimmt werden muss.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

20.01.2012/kb20

Kulturbehörde unterstützt zehn Nachwuchskünstler

Hamburger Arbeitsstipendien für Bildende Kunst 2012

Jetzt ist es entschieden. Die Hamburger Kulturbehörde wird dieses Jahr die folgenden zehn Künstlerinnen und Künstler mit 820 Euro monatlich unterstützen: **Adrian Alecu, Carl Groß, Simon Hempel, Burk Koller, Axel Loytved, Stefan Marx, Regine Petersen, Grit Richter, Paul Sochacki und Lily Lea Wittenburg.**

Die zehn Stipendiaten wurden in einem zweistufigen Juryverfahren erstmals von zwei verschiedenen Fachjurs ausgewählt. Zunächst hat eine siebenköpfige Fachjury aus insgesamt 176 eingereichten Bewerbungen in einem Vorauswahlverfahren 23 Bewerberinnen und Bewerber für die Ausstellung ihrer Arbeiten im Kunsthaus ausgewählt. Aus diesen 23 Arbeiten hat eine fünfköpfige Jury zehn Stipendiaten für das Arbeitsstipendium ausgesucht. Am Ende des Stipendienjahres werden ihre neuen Arbeiten in einer Ausstellung präsentiert, zu der auch ein Katalog herausgegeben wird.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit den Hamburger Arbeitsstipendien möchten wir Künstlerinnen und Künstlern ihren Arbeitsalltag als Kunstschaffende finanziell ermöglichen, damit sie sich auf die Weiterentwicklung ihrer künstlerischen Arbeit konzentrieren können. Von dem zweistufigen Juryverfahren versprechen wir uns eine objektive Auswahl der Stipendiaten und hoffen durch die Besetzung der Jury mit zwei auswärtigen Mitgliedern, den überregionalen Austausch künstlerischer Positionen anzustoßen.“

Das bundesweit einmalige Stipendienprogramm existiert seit 1981. Unter den ehemaligen Stipendiaten sind eine große Anzahl auch überregional und international bekannter Künstlerinnen und Künstler wie z. B. Stephan Balkenhol, Mariella Mosler, Bernhard Prinz, Christoph Schäfer oder Jeanne Faust. Die Jury für die Vorauswahl setzt sich aus Hamburger Künstlern und Kunstvermittlern (Franziska Sollte, Annette Hans, Robert Morat, Baldur Burwitz, Cordula Ditz, Lene Markusen) und eine Behördenvertreterin zusammen. Die Endauswahl trafen zwei Hamburger Künstler (Gisela Bullacher, Gunnar Reski), zwei auswärtige Kunstvermittler (Stefanie Böttcher, Axel J. Wieder) und eine Behördenvertreterin.

Für Rückfragen:

Enno Isermann; Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207; enno.isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 23. Januar bis 29. Januar 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 23.01.2012

ganztägig Dubai
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks besucht die **Messe Arab-Health vom 21. bis 25.01.2012.**

11:00 Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin
Senator Ties Rabe übernimmt offiziell die **KMK- Präsidentschaft.**

Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt teil.

19:00 Reichspräsident-Ebert-Kaserne, Osdorfer Landstraße 365
Senator Michael Neumann spricht anlässlich des **Jahresempfangs des Reservistenverbandes** ein Grußwort.

19:00 Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senator Frank Horch und Staatsrat Jens Lattmann nehmen an der Veranstaltung **„Hamburg 2030 – Nachhaltige Infrastruktur schaffen“** teil.

Dienstag, den 24.01.2012

10:00 Ärztehaus Humboldtstr. 56, Saal 1
Staatsrat Jan Pörksen spricht auf der **Fachtagung „Patienten in Not – Ärzte unter Druck“** des Diakonischen Werks und der Ärztekammer Hamburg ein Grußwort.

11:00 Brüssel, Hanse-Office
Senator Frank Horch nimmt teil an **Gesprächen zum Thema Maritime Wirtschaft.**

17:30 Türkische Gemeinde Hamburg, Hospitalstraße 11
Senator Michael Neumann spricht auf dem **Neujahrsempfang der Türkischen Gemeinde** ein Grußwort.

Mittwoch, den 25.01.2012

09:30 Hamburg Messe und Congress GmbH, Messeplatz 1
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet die **Fachmesse für Produktionstechnik NORTEC** mit einem Grußwort.

10:00 Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstraße 58, 10117 Berlin
Staatsrätin Elke Badde nimmt teil am **Workshop des Bundesverbandes Managed Care e.V..**

10:00 Jobcenter team.arbeit.hamburg, Standort Barmbek, Flachsland 23
Senator Detlef Scheele spricht beim **Neujahrsempfang der Träger des Jobcenters team.arbeit.hamburg** ein Grußwort.

Staatsrat Jan Pörksen nimmt teil.

- 11:00** Am Inselepark 3
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Grundsteinlegung der „Hybrid Houses“** ein Grußwort.
- 11:30** ECE Projektmanagement G.m.b.H. & Co. KG, Zentrale - BGH V, Heegbarg 30
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort auf der **Veranstaltung „Nachhaltige Sanierung des Bestandes – wer profitiert, wer zahlt?“ des ECE-Nachhaltigkeitsbeirates.**
- 12:00** Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF), Normannenweg 26
Senator Detlef Scheele hält beim **Neujahrscafé des Landesbetriebs Erziehung und Beratung** eine Rede.
- 18:00** Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht auf **Einladung der Generalkonsulin der Republik Indien, M. Sabushini**, ein Grußwort anlässlich des **indischen Nationalfeiertages.**
- 19:00** Laser-Zentrum-Nord (LZN), Am Schleusengraben in Bergedorf
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Einweihung des LZN.**

Donnerstag, den 26.01.2012

- 09:00** Körber Forum, Kehrwieder 12
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich des **1. Arbeitstags des Symposiums „The Art of Music Education“.**
- 10:30** Fiskalische Straße 2
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Einweihung der Windenergieanlage auf dem Energieberg Georgswerder** ein Grußwort.

Staatsrat Holger Lange nimmt teil.
- 11:00** Berlin, Botschaft der Vereinigten Republik Tansania, Eschenallee 11
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Botschafter der Vereinigten Republik Tansania, Ahmada Rweyemamu Ngemera**, zum Gespräch.
- 11:30** Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt an der **Sitzung der Finanzministerkonferenz** teil.
- 12:00** Rathaus, Turmsaal
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich des **Senatsempfangs zu Ehren von Armin Sandig** ein Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt teil.
- 12:30** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich des **300. Lunchkonzertes** in der Handelskammer.
- 14:00** Congress Centrum Hamburg, Saal A

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt teil am **Arbeitskreis Arbeitssicherheit und Umwelt – Psychische Belastungen bei der Arbeit.**

- 14:00** Rotes Rathaus, Berlin
Staatsrat Jens Lattmann nimmt an der **Sitzung des Wissenschaftsrates** teil.
Fortsetzung am Freitag.
- 15:00** Berlin, Botschaft der Republik Singapur, Voßstr. 17
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Botschafter der Republik Singapur, Kong Seng Jacky Foo**, zum Gespräch.
- 16:30** Kaffeewelt, Böckmannstraße 3
Staatsrätin Elke Badde ist Gast bei der **Auftaktveranstaltung der langen Nacht der Suchtkrankenhilfe & Suchtkrankenhilfe.**
- 18:00** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Neujahrempfangs der IG BAU.**
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senator Michael Neumann, Staatsrat Volker Schiek und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen an der **szenischen Lesung "Sonderbehandlung nach Abschluss der Akte" anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus** teil.
- 18:00** Ehemaliges Hauptzollamt Hafen Hamburg, Alter Wandrahm 20
Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrat Dr. Bernd Egert und Staatsrat Andreas Rieckhof besuchen die Veranstaltung „**Take off ins neue Jahr**“ der **Airbus Industries.**
- 18:30** Schloß Tremsbüttel, Schloßstr. 10, 22967 Tremsbüttel
Staatsrat Michael Sachs nimmt teil an der **Klausurtagung des Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. (VNW.)**
- 19:15** Rathaus, Remter, Restaurant „Parlament“
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt hält einen Vortrag bei der **Tagung des Hochschullehrerverbands.**
- 19:30** Südring 36
Senator Detlef Scheele spricht beim **Jahresempfang von "Leben mit Behinderung"** ein Grußwort.

Staatsrat Jan Pörksen nimmt teil.
- 20:00** Kultwerk West, Große Freiheit 42
Bürgermeister Olaf Scholz im **Gespräch mit Abendblatt- Chefredakteur Lars Haider.**
- Freitag, den 27.01.2012**
- 09:00** Plenarsaal des Deutschen Bundestages
Senator Detlef Scheele nimmt an der **Gedenkstunde an die Opfer des Nationalsozialismus im Plenarsaal des Bundestages** teil.

- 11:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 6
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich des **Neujahrsempfangs des Architektur Clubs** (Bund Deutscher Architekten) eine Rede.
- 11:00** Hotel Residenz Hafen Hamburg, Seewartenstr. 9
Staatsrat Michael Sachs spricht ein Grußwort beim **Neujahrsempfang des Immobilienverband Deutschland (IVD Nord)**.
- 13:30** Hotel Lindtner, Heimfelder Straße 123
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort zur **Eröffnung des 20. NZW – Pharmazeutisch-Onkologischen Fachkongresses**.
- 14:00** Ernst- Deutsch- Theater, Friedrich- Schütter- Platz 2
Senator Ties Rabe spricht ein Grußwort anlässlich der **Preisverleihung des Bertini-Preises**.
- 15:00** Handelskammer Hamburg
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort bei der Veranstaltung **„Exzellente Forschung in Hamburg – Treiber für eine innovative Wirtschaft**.
- 18:00** ETV-Sportzentrum, ETV-Saal, Bundesstraße 96
Senator Michael Neumann spricht beim **Neujahrsempfang des Eimsbütteler Turnverbandes e.V.** ein Grußwort.
- Samstag, den 28.01.2012**
- 11:00** Clubhaus „Heimspiel“ auf der GWE-Sportanlage Tiefenstaaken, Julius-Vosseler-Straße 195
Senator Michael Neumann besucht den **Mitarbeiterempfang bei E.S.V. Grün-Weiß Hamburg von 1901 e.V.**.
- 11:30** Katholische Akademie Hamburg
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Podiumsdiskussion mit Weihbischof Dr. Jaschke** teil.